

# 623 000 Niedersachsen müssen mit Niedriglöhnen leben

## Studie des DGB – Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen

hab **HANNOVER.** Angesichts einer starken Ausbreitung des Niedriglohnsektors hat der DGB in Niedersachsen die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne gefordert.

In einer vom Gewerkschaftsbund in Auftrag gegebenen Studie hatten Wissenschaftler der Universität Göttingen ermittelt, dass sich nach jetzt vorliegenden Zahlen von 2007 mindestens 623 000 abhängig Beschäftigte in Niedersachsen mit Bruttostundenlöhnen unterhalb der Niedriglohnschwelle von 9,62 Euro zufriedengeben mussten.

Das seien 21,5 Prozent der

insgesamt 2,9 Millionen Arbeitnehmer in diesem Bundesland. Im Jahr 1995 habe diese Marke bundesweit noch bei erst 15 Prozent gelegen.

Die Wissenschaftler um Markus Krüsemann vom Institut für Regionalforschung stellten fest, dass Niedriglöhne vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Bäckereihandwerk, bei Wach- und Sicherheitsfirmen sowie im Einzelhandel verbreitet seien. Hier lägen Bruttolöhne zum Teil bei vier bis fünf Euro.

Nach Berechnungen der Wissenschaftler stockt der

Staat allein in Niedersachsen die Hartz-IV-Bezüge von Geringverdienern um insgesamt 420 Millionen Euro pro Jahr auf.

DGB-Landeschef Hartmut Tölle sprach in diesem Zusammenhang von einer immensen Subventionierung jener Branchen, die Arbeitnehmern keine existenzsichernden Löhne zahlten.

Um diese Entwicklung zu stoppen, forderte Tölle die flächendeckende Einführung gesetzlicher Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, sagte der Gewerkschafter.

Am gleichen Tag erschien untenstehender Artikel, die Einkommensschere klafft immer weiter auseinander.



## Ärzte-Gehälter stark gestiegen

### Im Schnitt 142 000 Euro pro Jahr

dpa **BERLIN.** Die Honorare der Ärzte sind bereits vor der jüngsten Gesundheitsreform deutlich gestiegen. Sie legten bei niedergelassenen Ärzten zwischen 2002 und 2007 um 2,42 Prozent im Jahr zu, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf das Statistische Bundesamt.

2007 betrug der durchschnittliche Reinertrag eines Mediziners 142 000 Euro. Im

Vergleich zu 2002 war das ein Plus von 12,7 Prozent. Die Ärzte selbst hatten über sinkende Einnahmen geklagt und Änderungen gefordert. Eine entsprechende Reform ist Anfang 2009 in Kraft getreten. Im ersten Quartal stiegen die Bezüge im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent. Demzufolge sind die Radiologen die Spitzenverdiener unter den Ärzten mit einem Reiner-

trag von 264 000 Euro im Jahr 2007. Unterdurchschnittlich verdienten Allgemeinmediziner, deren Ertrag bei 116 000 Euro lag.

Kritik an den Einkommenssteigerungen der Ärzte äußerte der Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin. Sie seien durch höhere Krankenkassenbeiträge der Arbeitnehmer finanziert worden, die selbst unter Einbußen litten.